



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Resolution des 2. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 20. bis 21. September 2004 in Miedzzydroje/Misdroy

Das 2. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat am 21. September 2004 in Miedzzydroje/Misdroy eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Heinz-Werner Arens

Resolution

des 2. Parlamentsforums Südliche Ostsee 20. bis 21. September 2004 in Miedzyzdroje/Misdroy

In Realisierung der Gemeinsamen Erklärung über die interregionale Zusammenarbeit der Parlamente im südlichen Ostseeraum

unter Berücksichtigung

- des dritten Berichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (3. Kohäsionsbericht der Europäischen Union) "Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion: Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation"
- des Weißbuchs der Europäischen Kommission "Neuer Schwung für die Jugend Europas",
- des von der EU-Kommission zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik vorgelegten Programmentwurfs "Jugend in Aktion 2007 - 2013" mit den Schwerpunkten: aktive europäische Bürgerschaft, Völkerverständigung, Solidarität und Unterstützung der Zivilgesellschaft besonders im Jugendbereich,
- der UN-Kinderrechtskonvention, die unter anderem zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen zählt, dass diese sich umfassend am sozialen, kulturellen und familiären Leben beteiligen können,
- der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Grundlinien zur Nachhaltigkeit des Europäischen Tourismus“ an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen,

unter Konzentration

auf Fragen der Struktur-, Tourismus- und Jugendpolitik im südlichen Ostseeraum

erklären die Teilnehmer am 2. Parlamentsforum Südliche Ostsee:

I. Zur europäischen Strukturpolitik nach 2006

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

betont

- die herausragende Bedeutung der europäischen Strukturpolitik für die Bewältigung der sozialen und ökonomischen Anpassungsprozesse im Bereich der Südlichen Ostsee und unterstützt die Europäische Kommission darin, auch weiterhin im Wege ihrer Kohäsionspolitik die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen in der Europäischen Gemeinschaft gemäß Artikel 158 des EG-Vertrages verringern zu wollen,

begrüßt

- das klare Bekenntnis der Europäischen Kommission zur Fortsetzung der Strukturpolitik nach 2006,
- eine auf die tatsächliche Konvergenz der Regionen ausgerichtete Strukturpolitik der Europäischen Kommission,
- den Vorschlag der Kommission, die grenzüberschreitende, transnationale und internationale Zusammenarbeit durch ein neues Ziel 3 „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aufzuwerten,
- den Vorschlag zur Einführung des Neuen Nachbarschaftsinstruments (NNI), das die friedliche Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den neuen Nachbarn stärken soll,
- die Verknüpfung der Strukturpolitik mit den Zielen der Europäischen Räte von Lissabon bis Göteborg, die die EU bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen wollen,

unterstützt

- das Ziel der Kommission, in die Neugestaltung der EU-Strukturpolitik auch eine Überprüfung der Planungs- und Durchführungsverfahren mit dem Ziel der Vereinfachung und Entbürokratisierung einzubeziehen. Ziel einer Vereinfachung muss es auch sein, die Förderung noch stärker zu konzentrieren, Verantwortung und Handlungsfreiheit der Förderregionen hinsichtlich einer bedarfsorientierten und regionalen EU-Strukturpolitik zu intensivieren und hierbei die Einbeziehung der parlamentarischen Gremien als auch der Gremien der Selbstverwaltung in den Regionen zu stärken,
- den Vorschlag der Kommission zur Zusammenfassung der derzeit mit der Entwicklung des ländlichen Raumes und des Fischereisektors im Zusammenhang stehenden Instrumente zu jeweils einem Instrument im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik mit entsprechenden Fördermöglichkeiten, entsprechender Mittelausstattung und fordert die Schaffung von koordinierenden Instrumenten,

vertritt die Auffassung,

- dass eine größtmögliche Entscheidungsfreiheit für die Regionen am Besten die zielgenaue Ausrichtung der Programme und damit ihre Wirksamkeit gewährleistet. Ebenso sollte der Bereich der Finanzabwicklung und Finanzkontrolle wieder verstärkt auf die Kontrolle im Rahmen der jeweiligen nationalen Haushaltsordnungen zurückgeführt werden, um auch hierdurch die regionale Verantwortung parlamentarischer Gremien und Gremien der Selbstverwaltung in den Regionen zu stärken,

bittet

- die Selbstverwaltungen der Wojewodschaften und die Regierungen der Bundesländer alle Möglichkeiten auszuloten, um mit Hilfe von grenzüberschreitenden Förderungen die Entwicklungspotentiale des Ostseeraumes gemeinsam zu erschließen und als Förderkulisse für die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen der nördlichen Dimension zu stärken. Die Prüfung der Problematik der kilometerscharf abgegrenzten Fördergebiete bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum sollte dabei einbezogen werden,
- die Mitglieder des Europäischen Parlamentes und des Ausschusses der Regionen aus Pommern, Westpommern, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein darum, die Stellungnahme im Rahmen ihrer Arbeit aufzugreifen und zu berücksichtigen.

II. Zur Tourismuspolitik**Das Parlamentsforum Südliche Ostsee****stimmt überein in der Zielsetzung,**

- das touristische Wachstumspotenzial der südlichen Ostseeregion zukünftig verstärkt durch gemeinsame Initiativen zu nutzen,
- den Bekanntheitsgrad der touristischen Destination „Südliche Ostsee“ weiter zu erhöhen,

sieht die Notwendigkeit,

- europäische Fördermöglichkeiten insbesondere in Bezug auf Aus- und Fortbildung der in der Tourismusbranche Tätigen gemeinsam zu erschließen, um den Bedürfnissen und Anforderungen der touristischen Zielgruppen, vor allem im internationalen Bereich, verstärkt Rechnung zu tragen,
- der Zusammenarbeit bei einer grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur, um die touristische Attraktivität der Region „Südliche Ostsee“ zu erhöhen,
- eines ökonomischen-, umwelt- und sozialverträglichen Tourismus basierend auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit, um die natürlichen Grundlagen und das kulturelle Erbe zu bewahren,

bittet

- die Selbstverwaltungen der Wojewodschaften und die Regierungen der Bundesländer, eine Bündelung der Kompetenzen und Vernetzung der regionalen touristischen Strukturen herbeizuführen, um zielgruppen- und themenorientiert neue gemeinsame Marktpotenziale, insbesondere im internationalen Tourismus zu erschließen.

III. Zur Jugendpolitik

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

begrüßt

- die aktive Beteiligung von Jugendlichen aus den Woiwodschaften Pommern und Westpommern sowie den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Rahmen des 2. Parlamentsforums südliche Ostsee,

bekundet die Absicht,

- gemeinsame interregionale Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend in Aktion 2007 bis 2013“ zu initiieren,
- Jugendliche so weit wie möglich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wobei die Bandbreite je nach Materie und Einzelfall von der Mitsprache- über die Mitwirkungs- bis hin zu der Mitbestimmungsmöglichkeit reichen kann. Die Auswahl der Jugendlichen, die sich an Entscheidungsprozessen beteiligen, sollte auf der Basis von Legitimationsprozessen erfolgen.
- Hospitations- bzw. Austauschprogramme von Jugendlichen bei deutschen und polnischen Abgeordneten als eine Form des Kennenlernens politischer Abläufe für Jugendliche anzubieten und diese bei Erweiterung des Parlamentsforums südliche Ostsee entsprechend auszuweiten,
- Partnerschaften von Schulen in die Aktivitäten der Parlamentspartnerschaften einzubeziehen,
- sich einen Gesamtüberblick über die jugendpolitischen Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaftsabkommen auf Regierungsebene zu verschaffen, diesen Überblick beim 3. Parlamentsforum südliche Ostsee vorzulegen und die jugendpolitischen Aktivitäten ggf. mit den Aktivitäten des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu verzahnen,
- den Jugendvertretern Gelegenheit zu geben, regelmäßig an den Konferenzen des Parlamentsforums Südliche Ostsee teilzunehmen und ihre Position zu den jeweiligen Konferenzthemen einzubringen,
- die Entwicklung und den Aufbau von Jugendräten in den Regionen der südlichen Ostsee zu unterstützen und

bittet

- die Regierungen der Bundesländer und die Selbstverwaltungen der Woiwodschaften, gemeinsame Programme zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Jugendzusammenarbeit und des –austauschs zu entwickeln und umzusetzen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Sylvia Bretschneider

Präsident des Landtages Schleswig-Holstein

Heinz-Werner Arens

Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Karol Osowski

Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Brunon Synak